



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

PM: Kaum BAföG, kein Wohnraum, keine Minijobs? – Bundesstudierendenvertretung fzs fordert sofortige Maßnahmen der Bundesregierung

Berlin, 17.07.2026

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenholler

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V., die Bundesstudierendenvertretung, warnt vor den Folgen der von der Rentenkommission vorgeschlagenen Abschaffung des steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus von Minijobs für Studierende. Ohne umfassende gesetzliche Schutzmaßnahmen drohen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen, zusätzliche Bürokratie sowie eine Ausweitung der studentischen Armut.

Derzeit gehen rund zwei Drittel aller Studierenden einer Erwerbstätigkeit nach, viele davon auf Minijob-Basis. Wird diese Erwerbstätigkeit künftig erschwert, ohne die Probleme von BAföG und Wohnungsmarkt anzugehen, verschärft sich die soziale Lage vieler Studierender weiter.

„Einerseits erklärt Bundesforschungsministerin Dorothee Bär, es sei ‚kein Drama‘, wenn Studierende neben dem Studium arbeiten, nicht für Luxus, sondern zur Sicherung der Existenz. Gleichzeitig werden nun Vorschläge diskutiert, die Erwerbstätigkeit finanziell unattraktiver machen. Wir halten das nicht für ein Versehen, sondern für den Ausdruck einer klassistischen Bildungspolitik: Offenbar besteht kein Interesse daran, Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen“, erklärt Maximilian Wimmer, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen.

„Zwei Drittel der Studierenden mit eigener Haushaltsführung sind bereits heute durch ihre Wohnkosten überlastet. Sie geben im Durchschnitt 54 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus, das ist mehr als doppelt so viel wie im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, so die zuletzt erschienenen Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Gleichzeitig stehen bundesweit nur für rund zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung. Wer unter diesen Bedingungen die Rahmenbedingungen studentischer Erwerbstätigkeit verschlechtert, verschärft die soziale Krise von Studierenden weiter. Wer Minijobs reformieren will, muss gleichzeitig BAföG, studentische Krankenversicherung und bezahlbares Wohnen mitdenken“, fordert Katharina Rummenholler, Vorstandsmitglied des fzs.

Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen, ergänzt: „Nebenjobs stellen für die überwiegende Mehrheit das fundamentale Existenzminimum her, um Miete und Lebensmittel zu bezahlen. Die Eindämmung prekärer Beschäftigung und des Niedriglohnsektors ist grundsätzlich zu begrüßen.

Fällt dieses flexible Beschäftigungsmodell jedoch ersatzlos weg, drohen geringere Nettoeinkommen und höhere Sozialabgaben, was faktisch noch weniger Geld für diejenigen bedeutet, die bereits jetzt in Armut leben.

Wir fordern wirkliche soziale Absicherungen und eine tragfähige Perspektive aus prekären Arbeitsverhältnissen, statt ein weiteres Treiben in die Verschuldung und schlussendlich den Studienabbruch.“

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenhöller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Maximilian Wimmer, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen:

maximilian.wimmer@fzs.de

Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen:

rahel.schuessler@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhöller